

2 / 2020 Neue Ära der Wasserstoffwirtschaft und -industrie beginnt mit dem Kabinettsbeschluss zur Nationalen Wasserstoffstrategie (NWS)

Neue Ära der Wasserstoffwirtschaft und -industrie beginnt mit dem Kabinettsbeschluss zur Nationalen Wasserstoffstrategie (NWS) Am 10. Juni 2020 begann eine neue Zeitrechnung der Energiewirtschaft. Die Bundesregierung setzt mit der NWS ein deutliches Zeichen für den Umstieg auf eine defossilisierte, aber auch gleichzeitig wirtschaftliche und versorgungssichere Energiewirtschaft. Nur auf Basis von Wasserstoff, der mit erneuerbaren Energien erzeugt worden ist, können Industrienationen wie Deutschland ihre Klimaziele 2050 erreichen, ohne dabei Technologieführerschaft, Wirtschaftsstärke, Wohlstand und sozialen Frieden zu gefährden.

Damit diese neue Ära eingeleitet werden kann, wird die Bundesregierung in den kommenden Jahren über 9 Mrd. EUR für die in der NWS aufgeführten 38 Maßnahmen zur Verfügung stellen. Das ist ein gutes und wichtiges Signal an die Industrie.

Mit der Verabschiedung der Wasserstoffstrategie kann der DWV mit Stolz einen großen Anteil an der Strategie für sich in Anspruch nehmen. Bereits seit dem Herbst 2018 haben wir die Bundesregierung aufgefordert, die mit der zu erwartenden zukünftigen Wasserstoffwirtschaft verbundenen Chancen industriepolitisch konsequent zu begleiten. Der DWV hat die Entwicklung der NWS mit seiner Expertise intensiv beeinflusst.

Mit der NWS hat die Bundesregierung nun sozusagen den Ministerien ein Pflichtenheft an die Hand gegeben, um die regulatorischen Voraussetzungen für einen Markthochlauf der Wasserstoffwirtschaft zeitnah zu schaffen.

Der DWV wird eine Arbeitsgruppe aus Wirtschaft und Instituten bilden, um den politischen Entscheidern und der Industrie als Mittler und Ratgeber zur Verfügung zu stehen und so die Konkretisierung der 38 Maßnahmen der NWS in den Ministerien zu begleiten, aber auch auf eine ambitionierte Umsetzung zu drängen.

Wir werden insbesondere in den nächsten Monaten darauf achten, die angekündigten finanziellen Mittel im Wesentlichen für einen schnellen Markthochlauf der industriellen Wasserstoffwirtschaft einzusetzen. Es gilt noch in diesem Jahr die Voraussetzungen für die Beauftragung der ersten Multi-Megawatt-Elektrolyseanlagen zur Erzeugung von grünem Wasserstoff zu schaffen. Genauso ist es erforderlich, bereits in diesem Jahr ein Markteinführungsprogramm für Brennstoffzellen-LKWs zu entwickeln.



Der DWV hat für beide Märkte unmittelbar mit Verabschiedung der NWS entsprechende regulatorische Vorschläge entwickelt und dem BMWi und BMVI übergeben.

Verantwortung übernehmen: national, global, generationenübergreifend

Die NWS ermöglicht es, mittels eines kohärenten Handlungsrahmens die Defossilisierung der heimischen Wirtschaft voranzutreiben und die Klimaziele zu erreichen. Auch Dank der Vorschläge des DWV wird Deutschland auf diese Weise eine Vorreiterrolle einnehmen können und sich generationenübergreifend als Zugpferd einer globalen Wasserstoff-Wirtschaft zur Defossilisierung der Weltwirtschaft etablieren können.

Dieser gesamtheitliche Blick ist umso bedeutsamer als Deutschland seinen Bedarf an erneuerbaren Energien mit der heimischen Produktion nicht annähernd decken können. Vielmehr wird Deutschland zukünftig auf erhebliche Mengen an Importen erneuerbarer Energie angewiesen sein. Und diese Importmengen sind nur mit grünem Wasserstoff zu bewältigen. Dieses birgt aber auch eine enorme industrie-, energie- und geopolitische Chance, die es im Interesse der deutschen Volkswirtschaft zu nutzen gilt.

Es ist daher empfehlenswert, für den heimischen Aufbau einer Wasserstoffindustrie einen überschaubaren Teil der deutschen erneuerbaren Stromproduktion (bspw. 5%), unabhängig vom nationalen Zubau der erneuerbaren Energien, in den Aufbau der Wasserstoffwirtschaft zu investieren.

Marktwirtschaft statt Förderung

Der DWV ist der Auffassung, dass es jetzt vorrangig gilt, marktwirtschaftliche Voraussetzungen für den Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft und -industrie zu schaffen. Daher müssen nun zeitnah geeignete regulatorische Rahmenbedingungen für einen marktwirtschaftlichen Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft im Umfang von mindestens 20 Gigawatt bis 2030 geschaffen werden. Nur so kann die Bundesregierung einen langfristigen investitionssicheren Rahmen für die einzelnen Akteure absichern.

Grüner Wasserstoff und seine Folgeprodukte sind im Vergleich zu anderen Optionen der Treibhausgasemissionen im konventionellen Verkehrssektor bereits heute wettbewerbsfähig. Es fehlt jedoch an der geeigneten Regulierung. Wir fordern daher, dass die Bundesregierung die nationalen Ziele für den Anteil der erneuerbaren Energien für die in den Verkehr gebrachten Kraftstoffe auf mindestens 20% anhebt und zusätzlich eine Unterquote von 5% für sogenannte EFuels einführt.



Heimatmarkt etablieren – ambitionierte Ziele formulieren

Es ist gut und richtig, dass die NWS einen eindeutigen Heimatmarkt für die Errichtung der Elektrolyseanlagen zur Erzeugung von grünem Wasserstoff adressiert. Leider kann man bei der NWS nicht von ambitionierten Zielen sprechen. Nahezu alle Politiker sehen in dem grünen Wasserstoff den Zukunftsenergieträger, der die Rolle des Erdöls von heute einnehmen wird. Dem stimmt der DWV zu, aber leider vermissen wir in der NWS entsprechende Ausbauziele, die der Rolle gerecht werden.

Einerseits nennt die Bundesregierung in der NWS eine Verdoppelung des nationalen Wasserstoffbedarfs von derzeit 55 TWh pro Jahr auf 110 TWh im Jahr 2030. Gleichzeitig sieht die NWS jedoch nur einen Zuwachs von „möglichst 5 GW“ Onshore-Elektrolyseleistung bis 2030 vor. Somit würden nur knapp 13% des nationalen Wasserstoffbedarfs durch grünen Wasserstoff gedeckt werden können. Dies ist ein hehres Ziel, aber zweifelsfrei zu wenig, um einerseits die Klimaziele und andererseits die industriepolitischen Ziele zu erreichen. Zumindest der zusätzliche Bedarf an Wasserstoff sollte ausschließlich mit erneuerbaren Energien produziert werden. Dies würde alleine für das Jahr 2030 circa 20 GW Elektrolyseleistung entsprechen. Die Bundesregierung würde damit gleichzeitig ein Potential für 35.000 bis 70.000 Arbeitsplätze schaffen.

Chancen suchen und Chancen nutzen

Zwischen Politik, Wissenschaft und Wirtschaft herrscht seltene Einigkeit darüber, dass Wasserstoff als Energieträger und -speicher eine herausragende Rolle für zukünftige Generationen einnehmen wird.

Ebenso evident ist, dass Deutschland, Europa und die Welt sich aufgrund der Corona-Pandemie in einer wirtschaftlichen Abwärtsspirale bewegen. Dabei ist sicher, dass globale Handelsströme und bisherige Wertschöpfungsketten keinen Bestandsschutz mehr genießen. In diesen Zeiten, in denen grundlegende Errungenschaften des Wohlfahrts- und Sozialstaats zur Disposition stehen, gilt es in einem konzertierten Bündnis aus Politik und Wirtschaft in eines der großen zukünftigen Industrie- und Arbeitsfelder zu investieren.

Mit dieser Gewissheit sollten alle involvierten Akteure mutig vorangehen. Der DWV wird diesen Weg weiterhin beschreiten und dies auch mit Weitsicht und Verstand von Politik und Wirtschaft einfordern! wd

